

die inneren wie die äußeren, werden dadurch in geradezu unerhörter Weise bloßgestellt, vergewaltigt. (Sehr wahr!) Ich behaupte, daß wir in den ganzen dreißig Jahren seit Gründung des Reiches noch niemals einen geschwundenen Akt vor uns gehabt haben, der in solchem Maße alle Klassen der Gesellschaft, alle Interessensrichtungen so gegeneinander aufbringt und aufregt wie dieser Entwurf. (Sehr richtig!) Es ist eine Fülle von Aufregung, Haß und Erbitterung in weiten Kreisen des Volkes durch den Entwurf entstanden, und man kann wohl sagen, wenn es die Absicht war, von Grund aus die Grundlagen des Reiches zu erschüttern, dann hat es dieser Entwurf fertig gebracht, nicht allein nach innen, sondern auch nach außen. (Lebhafte Zustimmung.)

Lesen Sie einmal die ausländischen Zeitungen, wie einmütig man über Deutschlands Pläne urtheilt und sie verurtheilt. Mit England haben wir einen Handelsverkehr von 1600 Millionen jährlich. In England ist seit Jahren — wie das made in Germany beweist — die Erregung in industriellen Kreisen gegen die deutsche Konkurrenz sehr groß. Kommt nur dazu eine abermalige Zollserhöhung auf Industrie-Erzeugnisse bei uns, dann muß die schützöllnerische Strömung in England einflußreicher werden, und erlangt sie die Macht in der Gesetzgebung, dann ist das ein Schlag für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Freuen thut sich nur Frankreich über unseren Zolltarif, denn es hofft, unter der Herrschaft desselben den von uns ihm abgenommenen Markt, speziell in Italien und der Schweiz, wieder zu gewinnen.

Diese Politik, die künftig maßgebend sein soll, die die schwersten Schädigungen für die Arbeiterklasse bringt, dann aber auch für den größeren Theil unserer Bevölkerung überhaupt, der ja bekanntlich von Handel, Industrie und Gewerbe und nicht von der Landwirtschaft lebt, steht in dem schneidendsten Widerspruch zu unserer See- und Weltpolitik, unserer Flotten- und Kolonialpolitik, zu unserer Chinapolitik, deren eigentlicher Zweck doch war, China unserem Handel zu erschließen. Und während wir diesen Heißzug gegen China unternehmen, um China zu erschließen, errichten wir eine chinesische Mauer um uns und werden selbst zu Chinesen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Zoll- und Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit der Staaten, die ein Vertragsverhältnis eingehen. Gewiß, niemals kann es eine Zoll- und Handelspolitik geben, die nicht für irgend eine Schicht der Bevölkerung ungunstig ist; das muß man in den Kauf nehmen. Worauf es aber ankommt, ist, daß die ungeheueren Mehrheiten der Nation Vortheil von dieser Handelspolitik hat. In dem blinden Eifer, Alles mit Zöllen zu belegen, um Jedem das Glüd ins Haus zu bringen, übersah man, daß man Vielen Zöllen brachte, die sich jetzt davor bedanken. Aus allen Branchen kommen jetzt die Kundgebungen gegen diesen Tarif, weiß auch viele Unternehmer schwer geschädigt werden würden, so die Bäcker, Fleischer, Gastwirthe, die Möbel- und Pianofortefabrikanten, die Gold- und Bijouteriewaaren-Industrie, die Gerber, die keramische Industrie, die Baumwollen-Industrie, die Solinger Exportindustrie, die Konfektion, die Stubenmaler u. s. w. Das Zentrum wird mit seiner Mittelstandspolitik sein blaues Wunder erleben. Herr Bachem hat schon gesagt, der Zolltarif wird als Sprengpulver wirken, und er wird recht haben. Das Zentrum wird mit seiner spiegelverkehrten Politik in die Brüche gehen, denn die idealen Interesser haben ausgespielt, es kommen nur noch die nackten materiellen Interessen in Frage. (Sehr richtig.)

Geschädigt werden also in erster Linie die Arbeiter werden, und zwar sehr. Die Konjunkturartikel werden vertheuert, die Löhne für Millionen auf's Aeußerste herabgedrückt und Hunderttausende finden infolge der Krise überhaupt keine Arbeit mehr. Wo soll das hinaus und wie soll das enden? Wie aber der Staat, der bekanntlich die Musterbetriebe schaffen wollte, während er an eine ganz ungeheureliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel durch erhöhte Zölle denkt, zugleich die Kräfte für die Lohnrückerei ausnützt und

damit den Privatunternehmern das schlechteste Beispiel giebt (sehr richtig), das beweist der Uelag des Ministers v. Thielen, der seine Begörden ausdrücklich anweist, dem in Folge der Krise entstehenden Ueberangebot der Arbeiter durch Verabreichung der Löhne Rechnung zu tragen; wenn das der Vater Staat thut, werden die Industriellen natürlich nicht zurückbleiben. Das Kapital wird in letzter Linie nicht geschädigt. Wenn die Großindustrie unter den künftigen Handelsverträgen nicht prosperirt, dann wandert das Kapital aus und gründet im Auslande Konkurrenzfabriken. Das ist schon früher so gemacht worden: So hat sich z. B. die deutsche Textilindustrie und die Pianofortefabrikation in Rußland-Polen angehebelt. Deutsche Werkführer sind hübergenommen worden und haben die fremden Arbeiter dressirt. Kommt der neue Zolltarif zu Stande, so wird sich dieses Schauspiel in viel größerem Maßstab wiederholen. Die Arbeiter haben aber den Schaden davon, und nicht zuletzt auch die betreffende Industrie, deren Ausführmöglichkeit durch die mit deutschem Kapital gegründeten Konkurrenzfabriken unterbunden wird. (Sehr richtig.)

Die gewaltige Zunahme unseres Handelsverkehrs in den Jahren von 1894—1901 zeigt den Nutzen der Handelsverträge: die Einfuhr ist um rund 1500 Millionen, die Ausfuhr ebenfalls um rund 1500 Millionen Mark gewachsen, zusammen also um die gewaltige Summe von 3000 Millionen Mark. Ich kann mich bei der weit vorgeschrittenen Zeit nicht mehr auf Einzelheiten einlassen. Soviel steht fest: es kann keinem Zweifel unterliegen, welche Stellung wir dieser ganzen Sachlage gegenüber einnehmen müssen. Alle unsere Kräfte müssen aufgeboten werden für die Agitation gegen die neue Tarifvorlage. Wir müssen die Aufklärung, aber auch die Aufregung, ja, ich scheue mich nicht, dies Wort auszusprechen, die Aufhebung in die Masse tragen. (Großer Beifall.) Wie ins entfernteste Dorf, bis in die letzte Familie muß die Agitation getragen werden, um diesem ungeheuerlichen Aitentat gegen die große Mehrheit des deutschen Volkes zu begegnen! (Lebhafte Zustimmung.) Ganz besonders aber müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die uns noch fernstehenden Arbeiter, insbesondere die christlichen Arbeiter, die Anhänger des Zentrums aufzuklären über den Entwurf und die Haltung des Zentrums diesem gegenüber. (Sehr richtig.) Nicht allein wird jede einzelne Familie aufs härteste getroffen, und je zahlreicher sie ist, um so stärker, auch für das Reich, die Einzelstaaten, die Kommunen entstehen sehr erhebliche Mehrausgaben. So für Militär und Marine, für Kranken- und Siechenanstalten, Zerrhäuser, Arbeitshäuser, Gefangenen-Anstalten u. s. w.

Die Fromme der Geschichte aber will, daß es gerade das christliche Zentrum ist, das den Brod- und Lebensmittellouger ein gros betreibt. Diese Partei steht auf dem Boden des neuen Testaments, dieses aber verbietet den Brodwucher als schwerste Sünde. Wenn Christus einst die Jöllner und Bucherer aus dem Tempel jagte, er würde, käme er heute wieder, in erster Linie das Zentrum aus dem Tempel jagen. (Stürmischer Beifall.)

Thun wir unsere Pflicht. Unsere Stimmen fallen ins Gewicht. Wenn wir alle unsere Schuldigkeit thun, dann hoffe ich, daß es uns gelingt, dieses schamlose Aitentat auf das Wohl des arbeitenden Volkes unmöglich zu machen. (Lebhafte Beifall und Händelklatschen.)

Miesel-Berlin beantragt, von einer Diskussion abzusehen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Debel (121) gelangt hierauf zur einmütigen Annahme.

Nimmehr folgt zur Verhandlung Punkt 5 der Tagesordnung: Walfetter, bezu die Resolution 95 vorliegt.

Der Bericht erstattet

Miesel-Berlin: Nachdem uns verschiedene Angelegenheiten sehr lange beschäftigt haben, werde ich mich bemühen, diese Angelegenheit nicht allzu lange

auszudehnen. Die Berichte erweisen, daß die Maitfeier an den verschiedenen Orten in verschiedener Weise begangen worden ist. Leider darf nicht verschwiegen werden, daß verschiedentlich Genossen, politisch und gewerkschaftlich organisiert, selbst da, wo ihnen von den Unternehmern keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die Maitfeier nicht begangen haben. Ihnen brauche ich nicht vorzutragen, welche Bedeutung die Maitfeier hat. Wir demonstrieren damit für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Jahres haben ja Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten gebracht; die Unternehmer haben vielfach die Feiernenden ausgesperrt. Aber wir stehen im Kampf und haben Opfer zu bringen; und in dieser Erkenntnis fordere ich Sie auf, sich zu vereinigen in folgender Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weisheitsfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Opfer, die vermieden werden können, sollen vermieden werden, aber der Pflicht zur Feier wollen wir uns darüber hinaus nicht entziehen. Den Antrag 95 von Berlin IV bitte ich abzulehnen. Wir können den Gewerkschaftsverbänden keine Vorschriften machen. Die Aufforderung, die der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erlassen hat, hat in der Generalversammlung ja schon die erforderliche Korrektur erfahren. Wir lassen unsere Beschlüsse, geben damit eine moralische Direktive und erwarten, daß ihr Folge geleistet wird. Mehr sind wir aber nicht im Stande, wenn wir nicht Dinge erleben wollen, wie wir sie in unangenehmer Weise auf diesem Parteitag schon erfahren haben. (Beifall.)

Adolf Hoffmann-Berlin begründet den Antrag 95, welcher eine Entscheidung des Parteitages darüber wünscht, „wie weit die gewerkschaftlichen Zentralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der Internationalen Kongresse betreffend die Maitfeier zu hintertreiben resp. sich den aus diesen Beschlüssen entziehenden Konsequenzen zu entziehen.“ Diese Resolution ist in der Versammlung, in der die Delegierten zum Parteitag gewählt wurden, angenommen worden; ich glaube, es wäre nicht geschehen, wenn durch einen Schlussantrag das Wort dagegen nicht abgeschritten worden wäre. Wir Delegierten des vierten Berliner Wahlkreises sind nun in der angenehmen Lage, diese Resolution hier begründen zu müssen. (Heiterkeit.) Ich stehe auf dem Standpunkte Wegner's; wir können die Gewerkschaften nicht zwingen. Wir werden also nicht anders können, als sie abzulehnen, obgleich ich Sie bitten muß die Resolution anzunehmen. (Heiterkeit.) Ja, es ist ein eigentümliches Verhältnis: Aber ich glaube, Sie werden zufrieden sein, wenn wir ansichtslos halber die Begräbnislisten tragen. (Heiterkeit und Beifall.)

Röske-Hamburg: Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die Maitfeier wie in den vergangenen Jahren gefeiert werden muß. Ich kann den Antrag der Berliner verstehen. Auch in unserer Organisation ist es an verschiedenen Orten vorgekommen, daß die Mitglieder erklärt hatten, der Vorstand habe ihnen angerathen, nicht zu feiern. In der heutigen Krise wird man es aber den Vorständen der einzelnen Zentralorganisationen überlassen müssen, wie sie den geschäftlichen Verhältnissen nach in ihrem Verufe glauben, eine Maitfeier durchführen zu können. Die moralische Verpflichtung wird hoffentlich wirkungsvoll sein.

Berisch: Nach der Begründung des Antrages durch Hoffmann brauche ich Sie nicht erst um die Ablehnung des Berliner Antrages zu bitten. Der

Vorwurf, der den Metallarbeitern gemacht ist, ist absolut unbegründet. Allerdings hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes im vorigen Jahr ein Zirkular erlassen, in dem er vor leeren Demonstrationen warnte. Die Generalversammlung des Verbandes hat aber den Fehler des Vorstandes, soweit man von einem solchen überhaupt reden kann, wieder reichlich gut gemacht, indem sie den Beschluß faßte, daß in allen Betrieben, in denen Dreifünftel der Beschäftigten vollberechtigte Verbandsmitglieder sind, eine Abstimmung über die Art der Maitfeier stattfinden muß. Weiter zu gehen, kann man von dem Metallarbeiterverband unter keinen Umständen verlangen, da es noch sehr fraglich ist, ob er die aus dem gedachten Beschlüsse sich ergebenden Verpflichtungen gegenüber gemahregelten Mitgliedern auf die Dauer wird tragen können.

Raitz-München: Die Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ haben zur Folge gehabt, daß selbst solche Arbeiter, deren Arbeitgeber an keine Maßregelung gedacht hätten, den 1. Mai nicht gefeiert haben. Man darf nicht den Standpunkt vertreten, daß die Maitfeier eine leere Demonstration ist. Wir haben eine Unmenge von Betrieben, wo gefeiert werden kann, ohne daß den Leuten auch nur das Geringste passiert, wo aber die Arbeiter sich auf Gewerkschaftsblätter berufen und nicht feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Im Schlusswort bemerkt Wegner: Auch ich stehe auf dem Standpunkt, man soll die Art der Maitfeier den Verbänden überlassen, das kommt auch in meiner Resolution zum Ausdruck. Gerade weil die Gewerkschaften die Elite der Arbeiterschaft bilden sollen, erwarte ich, daß sie unsern Beschlüsse Beachtung schenken. Auch ich könnte einen Fall nachweisen, wo politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter selbst an die Unternehmer herangetreten sind und gesagt haben, wir wollen arbeiten, obwohl ihnen keine Nachteile aus der Maitfeier erwachsen würden. Wir müssen agitatorisch wirken und Jedem die Pflicht, die er als Klassenbewußter Arbeiter hat, vor Augen führen. Das ist der Zweck meiner Resolution, um deren Annahme ich Sie nochmals bitte.

Die Resolution 95 wird abgelehnt, die Resolution Wegner (120) gelangt einstimmig zur Annahme.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, der nunmehr zur Verathung gestellt wird, ist die Wohnungsfrage. Zur Verathung werden gestellt die Anträge 17, 72, 111 und Amendement 119.

Als Berichterstatler erhält das Wort

Referent Südekum-Dresden: Als mir Auer schrieb, daß mir das Referat über die Wohnungsfrage zugefallen sei, fügte er in seiner faxtastischen Weise hinzu: „Nun haben Sie also damit die Verpflichtung, für uns Alle gute, gesunde und billige Wohnungen zu schaffen.“ (Heiterkeit.) Dieser Aufforderung kann ich nicht entsprechen, denn außer bei dem Bau von Luftschlössern habe ich mich als Architekt noch nicht versucht (Heiterkeit) und mit dieser Tätigkeit kann Ihnen ja nicht geholfen sein. Meine Aufgabe kann nur darin bestehen, Ihnen die Stellung unserer Partei zur Wohnungsfrage vorzuführen.

Die Wohnungsfrage, dieser sehr umfassende Begriff, enthält zunächst die Frage nach den tatsächlichen Behausungsverhältnissen des gesammten Volkes; sodann die Frage nach der Verteilung und Klassifizierung der Behausungen, die Frage nach dem erwünschtesten Zustand der Behausungsverhältnisse und endlich diejenige nach den Mitteln, womit möglichst leicht und rasch der erwünschte Zustand herbeigeführt werden könne. Es ist selbstverständlich unmöglich, im Rahmen eines kurzen Referats die tatsächlichen Behausungsverhältnisse des gesammten Volkes zu schildern, selbst wenn das statistische Material zu einer solchen Schilderung vorläge, was nicht der Fall ist. Aus interessiren aber auch hier in erster Linie nur die Behausungsverhältnisse des armen Theils unserer Bevölkerung, des Proletariats, und auch da wieder vornehmlich die des indus-